Tägliche Omaha Tribüne

TRIBUNE PUBLISHING CO.; VAL. J. PETER, President.
1311 Howard Str. Telephon: TYLER 340. Omaha, Nebraska.

Des Moines, Ia., Branch Office: 407--6th Ave.

Preis des Tageblatts: Durch den Träger, per Woche 10c; durch die Post, per Jahr $5.00; einzelne Nummern 2c. — Preis des Wochenblatts: Bei strikter Vorausbezahlung, per Jahr $1.50.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Neb., Dienstag, den 25. September 1917.

Die Unrast in Arbeiterkreisen.

„Zu keiner Zeit war die Arbeitslage gespannter als gerade jetzt," erklärte die „New Republic" vor Kurzem, und doch ist, seitdem eine weitere Spannung in dieser Richtung zu verzeichnen gewesen. Vom Atlantik bis zur Pacifikküste, und von Kanada bis zur mexikanischen Grenze, überall gibt sich eine die Industrie des Landes behindernde Unrast zu erkennen. Es gährt in Arbeiterkreisen wie in einem Vulkan, dem fast täglich neue Streiks von weitreichendem Schaden und oft nationaler Bedeutung entquellen. „Streiken, um 60 Schiffsbauhöfe lahm zu legen." „Tausend Straßenbahnangestellte in Lima, Ohio, veranlassen Ruhestörungen." „Eisenarbeiter in San Francisco legen Arbeit nieder und nötigen Gießereien die Türen zu schließen." „6000 Schauerleute streiken und verzögern die Abfahrt von 58 Dampfern von New York." „40,000 Kohlengräber am Streik in Pennsylvania." „Die Schiffahrt New Orleans' durch Streik der Schauerleute zum Stillstand gebracht." „12,000 Schuhmacher in Utica bestehen auf Lohnerhöhung." „Lieferungskontrakte für die Armee durch Arbeitseinstellungen gefährdet." Dies sind einige wenige der Ueberschriften aus den Zeitungen des Landes, die ein ungefähres Bild von der in industriellen Kreisen bestehenden Sachlage geben.

Es gewährt kaum einen Trost, daß ähnliche Verhältnisse auch in anderen, vornehmlich europäischen Ländern zu verzeichnen sind. „Das Ministerium in Madrid beschließt, bei mehreren Arbeitseinstellungen vermittelnd einzugreifen." „Streiker und Polizisten kämpfen miteinander in den Straßen Rio de Janeiros." „Der Streik der Bergwerksarbeiter in England dehnt sich aus." „Die Straßenbahnangestellten in Lissabon schließen sich den Streikern an." „10,000 Automobilarbeiter am Streik in London." „Pariser Kleidermacherinnen legen zum zweiten Male innerhalb weniger Wochen die Arbeit nieder." Auch diese den Zeitungen entnommenen Ueberschriften bilden nur einen weiteren Beweis für den immer bitterer werdenden Kampf um das tägliche Brot, der sich in Verbindung, richtiger als Folge des Weltkrieges unter allen zivilisierten Nationen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern entwickelt hat.

Ein Ausstand ist stets bedauerlich, wird aber zu einer höchst ernsten Sache zu einer Zeit, da er auf beiden Seiten als ein unentschuldbarer Mangel an Patriotismus ausgelegt werden mag. Die Ver. Staaten befinden sich in einem Kriege, der die höchsten Anforderungen an ihre Hilfsquellen und ihre Leistungsfähigkeit stellt. Die Dauer und der Verlauf dieses Krieges ist zum größten Teil von der hinreichenden, ununterbrochenen und genügend schnellen Lieferung aller Bedürfnisse abhängig, ob diese nun unter die Bezeichnung Nahrungsmittel, Kleidung, Waffen, Munition kommen, oder Lokomotiven, Frachtwagen, Schiffe, Kraftwagen oder Maulesel erforderlich machen. Die moderne Kriegsführung, so gewaltig sie in ihrer Betätigung ist, gleicht doch nur einem fein gegliederten Triebwerk, dessen Wirkungskraft schon durch das Versagen auch nur eines Rädchens höchst ungünstigt beeinträchtigt werden kann. Zur Zeit ist in San Francisco ein Streik der Schiffsbauarbeiter im Gange, wodurch Regierungsarbeiten zum Betrage von $150,000,000 zum Einhalt gebracht worden sind. Kapital und Arbeit stehen sich seit Jahren in San Francisco schroff gegenüber, und eine Einigung erscheint so völlig ausgeschlossen, daß die Bundesregierung, um ihr Schiffbauprogramm nicht zu gefährden, sich bereit erklärt hat, die Hälfte aller Lohnerhöhungen bei Schiffbauhöfen zu übernehmen, die sich mit einem Profit von 10 Prozent begnügen wollen. Auch bei anderen Streiks sucht die Regierung vermittelnd einzugreifen, und ihr veränderter Standpunkt gegenüber der organisierten Arbeit kann nicht besser gekennzeichnet werden als durch die von Präsident Wilson Bundesangestellten erteilte Erlaubnis, sich als Gewerkschaft organisieren zu dürfen.

Durch die früheren Lieferungen an die Alliierten und die jetzt von der Bundesregierung übernommenen Kontrakte haben viele Industriezweige geradezu riesige Profite zu verzeichnen gehabt. Es ist verständlich, daß ihre Arbeiter an diesen durch erhöhte Löhne, verkürzte Arbeitszeit, Gewährung von Ruhetagen und sonstige bessere Arbeitsbedingungen teilzunehmen wünschen, um so mehr als das ungeheure Anwachsen der Lebensmittelpreise durch eine nur geringe Vermehrung ihres bescheidenen Einkommens nicht ausgeglichen wird. Während in dieser Hinsicht die Sympathien des Publikums unbedingt auf Seiten der Arbeiter sein werden, muß doch auch diesen in Erinnerung gerufen werden, daß die Ausführung von Regierungsaufträgen unter keinen Umständen zu einer Kraftprobe zwischen Arbeit und Kapital mißbraucht werden darf, und wo dies gleichwohl geschieht, sollte durch ein Zwangsschiedsgericht die Autorität des Staates gewahrt werden, die denn doch höher steht als alle Ansprüche einzelner Personen und Korporationen oder beider zusammengenommen.

Ueber-Patrioten.

Jeder Krieg hat, abgesehen von seiner zerstörenden physischen Gewalt, viele andere Wirkungen, die als Begleiterscheinungen oft dazu angetan sind, das ganze gesellschaftliche Gefüge in Trümmer zu legen. Unter der Maske des Patriotismus treten Personen in die Erscheinung, die durch ihr fanatisches Gebahren die Gefahren des Kriegszustandes noch erhöhen. Diese gesellsaftliche Auswüchse sind in ihrer Wirkung nur zerstörend, denn unter ihrem Einfluß entwickelt sich ein Spionagewesen, wobei das Angebertum wahre Orgien feiert. Die schlimmsten Eigenschaften im Menschen werden gewaltsam wachgerufen und der Giftsame des Mißtrauens in alle Kreise getragen. Mit Recht mahnt Präsident Wilson „zur Abwehr dieser üblen Einflüsse gegen die Bürger deutscher Geburt und Abkunft, die gegenwärtig am Werke sind, denn im Kriege nach Außen ist der Friede im Innern eine Grundbedingung."

Der Kriegszustand gibt unlauteren Elementen Gelegenheit, ihr Maulheldentum an den Tag zu legen. Sie gebärden sich als die einzig echten Patrioten und Retter des Vaterlandes. Sie wissen alles besser und suchen ihre Afterweisheit jedem aufzudrängen und üben nörgelnde Kritik an jedermann, der es wagt, ihnen zu widersprechen.

Zahlreich sind die Gesellschaften, die unter verschiedenen Namen den Frieden der Bürger unter angeblichem oder mißverstandenem Patriotismus stören. Diese Ueber-Patrioten, die gegenwärtig ihr Unwesen treiben, haben einen Patriotismus gezüchtet, der mit echter Vaterlandsliebe nichts gemein hat. Sie verfolgen jeden anders Denkenden mit der Wut einer hysterischen Megäre. Das Schlimmste dabei ist, daß ein Teil der Presse ihrem Einflusse unterworfen ist. Zum Trost sei gesagt, daß auch ihre Tage gezählt sind, denn holder Friede winkt in der Ferne.

Venizelos in Ungnade.

„Der große Venizelos", der noch vor wenigen Wochen in allen Tonarten als der Befreier Griechenlands von verfassungswidriger Autokratie gepriesen wurde, ist bei den Alliierten in Ungnade gefallen, weil es ihm nicht gelungen ist, auch nur eine einzige seiner vielen Versprechungen einzulösen. Daß das nicht seine Schuld ist, daß er vielmehr den besten Willen hatte, das griechische Volk auf die Seite der Alliierten zu bringen, darin aber auf unüberwindlichen Widerstand stieß, hilft ihm in den Augen britischer und französischer Staatsmänner nichts, und von ihrem Standpunkt aus—dem Standpunkt der Realpolitik—haben sie vollkommen recht: Solange Venizelos tatsächlich der berufene Vertreter seines Volkes zu sein schien, bedeutete er ein wertvolles Werkzeug; sobald es aber klar wurde, daß er das Volk nicht hinter, sondern gegen sich hat, muß man ihn abschütteln oder sich der Gefahr eines Aufstandes aussetzen, durch den die Lage des alliierten Heeres in Griechenland, die ohnehin niemals beneidenswert gewesen ist, sich zu einer geradezu verzweifelten gestalten würde. Im neutralen Ausland hat der Kreter Venizelos niemals allzu viel Sympathien genossen; wie das griechische Volk über ihn denkt, stellt sich jetzt heraus, und wenn er jetzt, wie es den Anschein hat, mit einem „Fußtritt" heimgeschickt wird, werden ihm kaum sehr viele Tränen nachgeweint werden.

Klassifizierte Anzeigen in der Tribüne bringen gute Resultate.

Rede des deutschen Reichskanzlers über Friedensnote des Papstes!

(Aus der Neuen Züricher Zeitung.)

Berlin, 22. August. (Wolff.) Im Hauptausschuß des Reichstages machte der Reichskanzler folgende Ausführungen:

Nachdem ich auf den Posten des Reichskanzlers berufen worden war, bestand in der auswärtigen Politik meine Aufgabe zunächst darin, die Beziehungen mit den leitenden Staatsmännern der mit uns verbündeten Reiche aufzunehmen. Mit Bulgarien und mit der Türkei konnte dies bisher leider nur auf schriftlichem Wege erfolgen. Dagegen konnte ich mit den Staatsmännern der verbündeten österreichisch-ungarischen Monarchie wiederholt in persönlichen Gedankenaustausch treten, und zwar zunächst in Wien, alsdann im Großen Hauptquartier, zuletzt in Berlin bei dem Besuche des Grafen Czernin. Wir reichten uns im vollen Vertrauen die Hand zu weiterer Arbeit. Das Bündnis steht unverbrüchlich fest. Es entspricht dem engen Verhältnis, das zwischen uns und den Verbündeten besteht, daß wir verabredet haben, den Gedankenaustausch fortlaufend zu pflegen. Was unsere Feinde anbetrifft, so vermehrte sich deren Zahl seit der Vertagung des Reichstages um drei: Siam, Liberia und China. Ein triftiger Grund zur Feindschaft gegen uns bestand für diese Länder nicht. Sie handelten lediglich unter dem Druck der Entente und der Vereinigten Staaten von Amerika, welch letztere in Liberia und China sehr einflußreich sind. Wir ließen den drei Ländern keinen Zweifel darüber, daß wir sie für den den deutschen Interessen in völkerrechtswidriger Weise zugefügten Schaden zur Verantwortung ziehen werden.

Was das Verhältnis zu unseren Bundesgenossen anbelangt, so besteht nicht nur in politischer Beziehung, sondern auch bei allen kriegerischen Maßnahmen völlige Einheitlichkeit, im Gegensatz zu dem Verhältnis bei unseren Feinden. Dafür gebührt der obersten Heeresleitung der besondere Dank. Der Einheitlichkeit in der Kriegführung entspricht der Erfolg. Ich hat den Generalfeldmarschall von Hindenburg, eine Mitteilung über die gegenwärtige militärische Lage zu machen. Daraufhin antwortete der Generalfeldmarschall mit folgendem Telegramm: „Nichts beweist die Wirkung unseres Unterseebootkrieges mehr als die verlustreiche Zähigkeit, mit der Engländer und Franzosen ihre erbitterten Versuche fortsetzen, uns noch in diesem Jahre militärisch auf der Westfront niederzuringen. Mit stärkstem Einsatz von Material und Menschen wollten die Engländer nach sorgsamer Vorbereitung und bereits zum zweitenmal in kurzer Zeit, den Einbruch in unsere flandrische Stellung erzwingen. Starke Kräfte, auch solche ihrer Bundesgenossen, standen außerdem bereit, um dem Einbruch den Durchbruch folgen zu lassen, um dann zur Eroberung der flandrischen Küste und zur Vernichtung der Stützpunkte der Unterseeboote zu schreiten. Beide Male scheiterte der gewaltige feindliche Ansturm unter den schwersten Verlusten. Der Feind kam trotz rücksichtslosestem Menscheneinsatz nicht über das Trichtergelände vor unseren Stellungen hinaus. Aus denselben Gründen wie in Flandern setzte auch gestern, am 20. August, bei Verdun der Ansturm der Franzosen in großer Ausdehnung ein. Unsere artilleristische Gegenwirkung führte hier eine erhebliche Verzögerung des Beginns der feindlichen Angriffe herbei. Die Infanterie zeigte mitten in der Artillerieschlacht durch erfolgreiche Gegenstöße ihre hohe Angriffskraft. Auch hier gelang es den Franzosen nur, einzelne bedeutungslose Stützpunkte des Trichterfeldes unter den gewaltigsten Verlusten in Besitz zu nehmen. Diese Erfolge sind durch eine unübertroffene Haltung unserer tapferen Truppen und durch überlegene Führung erreicht. Auch die feindlichen Nebenangriffe bei Lens, an der Aisne und in der West-Champagne brachen infolge der weiter entwickelten beweglichen Kampfesweise unserer Heere dem Feind trotz seinem Menscheneinsatz keinerlei Gewinn. Voll Vertrauen können wir der Entwicklung der weiteren Kämpfe an der Westfront entgegensehen, die wohl der feindlichen Uebermacht kleine örtliche Erfolge bringen können, die im ganzen aber auf unsere durchaus günstige militärische Lage nicht rückwirken. — Im Osten errangen unsere Truppen in der Abwehr und im Angriff neue Siege. Feindliche Massenstürme brachen überall verlustreich zusammen. Der eigene Angriff überrannte die feindlichen Stellungen und warf in schnellem Siegeslauf einen großen Teil des russischen Heeres zu Boden. Weite Gebiete unseres treuen Bundesgenossen wurden zurückgewonnen. Von neuem bewies das Heer, was der Siegeswille auch gegen an Zahl gewaltig überlegene Feinde leisten kann.

War auf den Kampffeldern gegen die feindliche Uebermacht gesteigerte Leistung und der Einsatz von Blut und Leben Bedingung, so darf nicht vergessen werden, was auch an den ruhigen Fronten täglich und stündlich geleistet wird. Nervenspannende Wachsamkeit und erhöhte Arbeitsleistung in ausgedehnten Stellungen fordern auch dort treueste Pflichterfüllung eines großen Teiles des Heeres. Deshalb werden nun schon im vierten Kriegsjahr alle Entbehrungen heimischer Lebensgewohnheit willig und gern ertragen und werden in dem festen Siegeswillen überall Heldentaten verrichten. Auf dem Balkan und in Asien fechten deutsche Truppen Seite an Seite mit unseren tapferen Bulgaren und osmanischen Verbündeten. Der Heimat fern, wird auch dort gleich treue Wache gehalten. Ein Blick auf alle Fronten ergibt, daß wir militärisch zu Beginn des vierten Kriegsjahres so günstig stehen wie nie zuvor. Dem Erfolg zu Lande entspricht auch der Erfolg zur See. Im Monat Juli sind nach den neuesten bekanntgegebenen Meldungen 811,000 Tonnen von uns versenkt worden."

Wenn wir diese Ergebnisse auf unserer Seite und die Mißerfolge der Feinde betrachten, so erscheint es unverständlich, daß auf der Gegenseite nicht einmal die Anbahnung eines Gedankens zum Frieden erkennbar wurde, geschweige denn zu einem Frieden, der Verzichte einschließt.

Ich konnte kürzlich durch Mitteilungen über den französisch-russischen Geheimvertrag dartun, welche weitgehenden Kriegsziele sich Frankreich steckte und wie England die französischen Wünsche nach deutschem Lande unterstützt. Erst neuerdings erklärte ein Mitglied des englischen Kabinetts, es gebe keinen Frieden, bevor nicht die deutschen Armeen auf das rechte Rheinufer geworfen sind. Ich bin jetzt in der Lage, noch weitere Abmachungen nachzuweisen, die unsere Feinde mit Bezug auf die Kriegsziele trafen. Einiges hierüber ist der Kommission bereits bei früheren Gelegenheiten bekannt geworden. Ich werde dabei chronologisch verfahren:

Am 7. September 1914 beschloß die feindliche Koalition, nur einen gemeinschaftlichen Frieden zu schließen. Am 4. März 1915 stellte Rußland für den Friedensschluß folgende Forderungen, denen England durch eine Note vom 12. März, Frankreich durch eine Note vom 12. April zustimmte. An Rußland sollen folgende Gebiete fallen: Konstantinopel mit dem europäischen Ufer, die Meerengen, der südliche Teil Thraziens bis zur Linie Enos-Midia, die Inseln im Marmarameer, die Inseln Imbros und Tenedos und auf der kleinasiatischen Seite die Halbinsel zwischen dem Schwarzen Meer und dem Bosporus und der Golf von Ismud bis zum Sakaria Fluß im Osten. Nach Feststellung dieser Grundlagen wurden 1915 und 1916 Rußland die armenischen Wilajets Trapezunt und Durdistan zugesagt. Frankreich nahm für sich Syrien mit Adana und Mersina und das nördlich gelegene Hinterland bis nach Siwas und Kharput in Anspruch. Englands Anteil sollte Mesopotamien sein. Für den Rest der kleinasiatischen Türkei wurde eine Aufteilung in englische und französische Interessengebiete beschlossen, für Palästina eine Art von Internationalisierung. Das übrige, von Türken und Arabern bewohnte Gebiet mit Einschluß des eigentlichen Arabien und der heiligen Stätten des Islams sollten ein besonderer Staatenbund unter englischer Oberherrschaft werden. Als dann Italien in den Krieg eintrat und seinen Teil an der Beute verlangte, kam es zu neuen Verhandlungen, die keineswegs auf Verzicht hinausliefen. Ich denke, daß wir auch hierüber noch Näheres erfahren werden und der Oeffentlichkeit alsdann mitteilen können. Bei so weitgehenden Kriegszielen der Feinde ist es verständlich, daß sich Balfour kürzlich äußerte, er halte eine Ausführung über die Kriegspolitik der Regierung nicht für am Platze. Das aber ist der Boden, wie er uns sich gegenwärtig darstellt, wenn wir die Möglichkeit eines Friedensschlusses ins Auge fassen.

Es ist begreiflich, wenn in der deutschen Presse angesichts der Haltung unserer Feinde der Standpunkt vertreten wird, daß es für uns nicht möglich ist, mit einem neuen Friedensangebot hervorzutreten. Es entspricht der Lage, wenn zum Beispiel der „Vorwärts" am 19. August schreibt: „In keinem Augenblick des Krieges sei es so klar gewesen, daß eine Verlängerung nicht zu vermeiden sei und daß die Schuld ob dieser Verlängerung allein und ausschließlich unsere Gegner treffe. Die Antwort auf die ausgestreckte Friedenshand sei die zerschmetternde Boxerfaust gewesen. In diesem Augenblicke gebe es nur eine Möglichkeit: uns unserer Haut zu wehren." Ich glaube, daß die Aeußerung der allgemeinen Stimmung des Volkes entspricht. In die Situation, wie ich Sie Ihnen hier geschildert habe, ist nun die Friedenskundgebung des Papstes gekommen. Den Inhalt darf ich als bekannt voraussetzen.

Der Grundgedanke dieser Kundgebung entspricht der Stellung, die der Papst nach seiner ganzen Persönlichkeit einnimmt, und dem Auftrag, den er als Oberhaupt der katholischen Christenheit hat. Der Papst stellt bei seinem Gedankengang in den Vordergrund, daß an Stelle der Macht und der Waffen das formelle Recht und das sittliche Gesetz treten müssen. Auf dieser Grundlage entwickelte er seine Vorschläge über Schiedsgericht und Abrüstung. Er kommt zu den weiteren Folgerungen, die er für die Zeit nach dem Eintritt des Friedens sieht. Was nun den materiellen Inhalt der Kundgebung angeht, so kann ich endgültig im einzelnen keine Stellung nehmen, bevor nicht eine Verständigung mit den Bundesgenossen stattgefunden hat. Ich kann mich nur ganz allgemein äußern und möchte es nach zwei Richtungen tun:

Einmal muß der Auffassung entgegengetreten werden, daß die Entschließung des Papstes durch die Zentralmächte beeinflußt worden sei. Ich konstatiere, daß die Kundgebung des Papstes an die kriegführenden Mächte, wie sie aus der Presse bekannt ist, einer spontanen Entschließung des Oberhauptes der katholischen Kirche entsprungen ist. Sodann, wenn ich mir auch die Stellungnahme im einzelnen vorbehalten muß, so kann ich doch schon jetzt sagen, daß es unserer mehrfach kundgetanen Haltung und unserer Politik seit dem 12. Dezember entspricht, daß wir jedem ehrlichen Versuch, in das Völkerelend des Krieges den Gedanken des Friedens hineinzutragen, sympathisch gegenüberstehen und daß wir den Schritt des Papstes, der, wie ich meine, vom ernsten Bestreben nach Gerechtigkeit und Unparteilichkeit getragen ist, besonders begrüßen. Ich fasse mich dahin zusammen: 1. Die Note ist nicht von uns veranlaßt, sondern aus spontaner Initiative des Papstes hervorgegangen. 2. Wir begrüßen die Bemühungen des Papstes, durch einen dauernden Frieden dem Völkerkrieg ein Ende zu machen, mit Sympathie. 3. Wegen der Beantwortung stehen wir in Verbindung mit unseren Bundesgenossen, doch sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Weiter kann ich jetzt auf die materiellen Punkte der päpstlichen Kundgebung nicht eingehen. Ich bin aber bereit, mit dem Ausschuß in einer noch näher zu vereinbarenden Sonderform wegen weiterer Verhandlungen bis zur Erteilung der Antwort Fühlung zu nehmen. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß diese gemeinsame Arbeit uns dem Ziele näher bringen möge, das wir alle im Herzen tragen: einen ehrenvollen Frieden für das Vaterland.

Zweite Freiheitsanleihe

Washington, 25. Sept. — Das Bundesschatzamt hat folgenden Aufruf an Klubs, Vereine und sonstige Verbände in den Ver. Staaten erlassen:

„Die Antwort auf den ersten Aufruf für zwei Milliarden Freiheits-Anleihebonds war eine nachdrückliche, überzeugende Kundgebung des einigen Bestrebens des ganzen Volkes der Ver. Staaten in diesem Krieg zur Verteidigung amerikanischer Rechte und zur Schaffung eines dauernden Friedens.

Amerikaner ausländischer Geburt oder Abkunft, sowohl einzeln, wie in ihren Verbänden haben sich in einer Weise beteiligt, die für mich eine Quelle großer Genugtuung war.

Die Regierung wird bald veranlaßt sein, weiteren Kredit in Anspruch zu nehmen; und dies darf kein Fehlschlag sein. Wie eine einzige gigante Einheit, mit einer nie dagewesenen Begeisterung, Willigkeit und Entschlossenheit muß das amerikanische Volk diesem Rufe Folge leisten. Dies muß geschehen ohne Ansehung des Glaubens, der Partei, des Geschlechts, Alters, der Geburt oder Abkunft.

Dies kann nur durch wohl organisierte, durchaus systematische und damit national konzentrierte Arbeit geschehen.

Deshalb ersuche ich ernstlich, daß jeder Klub, Verein oder sonstige Verband in der kommenden Kampagne für die „zweite Freiheits-Anleihe des Jahres 1917" in den Dienst stellt.

Gez. William G. McAdoo,
Sekretär des Schatzamtes."

An die Vereine.

An den Aufruf des Schatzamtssekretärs knüpft O. A. Price, der Leiter des Veröffentlichungsbureaus, folgende Aufforderung:

„Bezugnehmend auf obige Erklärung McAdoos, und in der Ueberzeugung, daß Sie als loyale, patriotische und sparsame Amerikaner selbstverständlich den dringenden Wunsch haben, dies zu beweisen, möchte ich mir respektvollst folgende Vorschläge erlauben:

„Jeder Klub, Verein oder Verband irgendwelcher Art möge in seiner nächsten Sitzung oder, wenn eine solche in zu weiter Ferne liegt, in einer außerordentlichen Sitzung einen Freiheitsanleihe-Ausschuß ernennen und dem Veröffentlichungsbureau Namen und Adresse der Mitglieder dieser Ausschüsse, zusammen mit Namen und Adresse des betreffenden Klubs, Vereins oder Verbandes mitteilen. In der Hoffnung, daß diesem speziellen Ersuchen angesichts seiner Wichtigkeit und der dringenden Notwendigkeit sofortigen Handelns möglichst bald entsprochen wird,

zeichne ich
Oscar A. Price."

Nebraska Patente.

Sturges & Sturges, Patentanwälte, welche ihre Office 330 Bee Gebäude, Omaha, Nebr., haben, erlangten im Laufe der letzten Woche nachstehende Patente für ihre Nebraska Klienten: John J. Hejer, Tamera, Cornpflücker; Miles D. Bruce, Hebevorrichtung für Pumpenröhren; Edward Mayer & W. M. Correl, Ashland, Signalapparat; David N. Morton, Mitchell, Wagenheber und Schraubenschlüssel; Julius A. Perkins, Omaha, Kugellager; Terry Reimers, Omaha, künstlicher Baßköder oder Frosch; John D. Stires, Columbus, faltbare Kiste; George H. Tuttle, Lincoln, Rasiermesser; John Dress, Omaha, Abzeichen.

Hochzeitsglocken.

West Point, Nebr., 25. Sept. — Während dieser Woche wurden hier folgenden Paaren Heiratsscheine ausgestellt: Karl Zipf und Frl. Gertie Schmidt, und Viktor Norak und Frl. Mary Kubik. Das letztgenannte Paar wurde von Richter Dewald getraut.

Aus Iowa

Karl J. Casper, der angeblich aus Rock Island stammen will, soll Frau Corabelle Hockinsmith für unsittliche Zwecke nach Davenport überführt haben und wurde wegen Uebertretung des „weißen Sklavengesetzes" verhaftet und im Scott County Gefängnis zum Prozeß festgehalten, da er die ihm auferlegte $1000 Bürgschaft nicht stellen konnte.

Die Proviantkompagnie der Iowaer Feldartillerie wird heute, Dienstag, von Davenport nach Deming abfahren.

Der große Flußdampfer „Dubuque", der eine Ladung Aepfel transportieren sollte, ist in der Nähe von Hamburg, Ill., gesunken. Soweit bis jetzt in Erfahrung gebracht werden konnte, ist bei dem Unfall kein Menschenverlust zu beklagen.

Je trockener Muscatine wird und je mehr sich die Wassersäufer-Union ins Zeug legt, um den Leuten Moses und die Propheten zu lehren, desto mehr saufen die Leute, wie aus dem monatlichen Polizeibericht zu ersehen ist, laut welchem in diesem Zeitraum 84 Verhaftungen vorgenommen wurden, von denen 25 wegen Trunkenheit erfolgten.

Infolge der Kinderlähmungsepidemie bleiben die Schulen in Davenport für eine weitere Woche geschlossen.

Bundes-Binnensteuerkollektor Thomas Behan hat die Bekanntmachung erlassen, daß bis zum 1. November alle Eigentümer von Motorbooten ihren Namen und die Machart ihres Bootes der Regierung hinterlassen müssen. Sollten sie verfehlen, den Befehlen der Regierung nachzukommen, so drohen ihnen Strafen von 50 Prozent der Steuer. Bis jetzt haben fünfundzwanzig Booteigentümer die Regierung von ihrem Besitz benachrichtigt und sind dementsprechend besteuert worden.

Reparaturen und Vorräte für
Oefen, Heizer, Furnaces und Dampfkessel
Prompter Dienst—Mäßige Preise.
Wasserfronts und Wasserheizungs-Vorrichtungen.
Omaha Stove Repair Works 1206-8 Douglas Phone Tyler 20

Hulse & Riepen
Deutsche Leichenbestatter
Orie S. Hulse, Walnut 595
C. H. T. Riepen, Harney 5564
701 südl. 16. Straße
Tel. Dougl. 1226. Omaha.